

Inseratenkorruption verbieten

Die unterzeichnenden BezirksrätInnen von LINKS-KPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 14.12.2021 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich für ein völlig neues, transparentes und faires Medienförderungswesen aus, um die Inseratenkorruption auch systemisch zu verbieten.

Begründung

Zitat Momentum: „Österreich hat ein Problem mit Inseratenkorruption. Ja, DAS Österreich natürlich besonders. Aber schon auch DAS Österreich, das Land der Berge. Und das hat Österreich nicht erst seit gestern. Der Nationalratspräsident Sobotka gibt die Inseraten-Affäre offen zu: "Sie kennen das Geschäft. Für's Inserat gibt's ein Gegengeschäft. Das wird man ja wohl machen dürfen." Ja gut, das war nur im Fellner-Fernsehen, quasi unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Aber sogar Ex-Kanzler Kurz sagt's: "Na hoffentlich gibt's eine Gegenleistung, Berichterstattung und ein Inserat".“

Zitat Neos Abgeordneter Helmut Brandstätter: „Es war im Frühjahr 2011. Das Kuvert wurde beim Portier des Kurier, damals noch in der Lindengasse in Wien-Neubau, abgegeben. Braun, Größe A4, kein Absender. Inhalt: das Protokoll einer Vorstandssitzung der ÖBB aus dem Jahr 2007. Heikler Punkt: Der Vorstandsvorsitzende berichtete über eine Imagekampagne, die der damalige Infrastrukturminister Werner Faymann mit der Kronen-Zeitung vereinbart habe. Kostenpunkt 500.000 Euro. Diese Kampagne müssten die ÖBB nun umsetzen und auch bezahlen, der Vorstand gehorchte.

Angst regiert. Nach genauer Recherche berichtete der Kurier ab April 2011 umfassend darüber – und über andere Investitionen von Politikern in Zeitungen, immer mit fremdem Geld, aber zum eigenen Vorteil. Ich verwendete immer öfter den Begriff "Inseratenkorruption". Und bis heute stellt sich die Frage, wer sich mehr fürchtet: Politikerinnen und Politiker vor schlechter Presse? Ein Akteur drückt es gern so aus: "Ich schreib Sie nieder." Oder haben Medien Angst, dass sie ihre Finanzierung nicht mehr schaffen? Und welchen Einfluss haben Inserate von Ministerien, Ländern und Staatsbetrieben auf die politische Berichterstattung? Diese Fragen beschäftigen die österreichische Innenpolitik bis heute, weil sich bisher keine Regierung getraut hat, eine anständige Lösung für die Finanzierung von Medien zu treffen. Wie gesagt, die Angst regiert.

Bundeskanzler Faymann und Josef Ostermayer, damals Staatssekretär, mussten zum Staatsanwalt, die Ermittlungen wurden erst im November 2013 eingestellt. Die Begründung in Kürze: Die Inserate wären gut für die ÖBB gewesen.“

In der Wiener GR-Sitzung vom 25. 11. 2021 wurde ein "Rahmenkommunikationsplan" (u. a. für Inserate) von 40 Mio. (!) Euro für die Jahre 2022 und 2023 beschlossen, das entspricht 54.800 Euro pro Tag. Wien hat somit das höchste Inseratenbudget aller Städte in Europa - zum Vergleich: London hat ein Jahresbudget von 1 Mio. £.

Ein völlig neues, transparentes und faires Medienförderungswesen, das Inseratenkorruption auch systemisch verbietet, würde auch für Wien eine Verbesserung bringen und die Kritik an SPÖ, Neos, ÖVP, FPÖ und Grünen würde sich erübrigen.
Eine genaue Analyse, wie die dreier Koalition von KPÖ, Grünen und SPÖ in Graz mit dem Problem umgeht, kann schon jetzt dabei nützlich sein.

Für LINKS-KPÖ Margareten


BR DI Wolf-Goetz Jurjans
Klubvorsitzender

BRin Leonie Volonte